

Drucken Zur Detailansicht Vorlesen Schließen

## Werden Wahlverweigerer Nummer 1?

Sinkende Wahlbeteiligungen sind Zeichen der Verdrossenheit und müssen zu Politikreform herausfordern.

### DEBATTE

Bei den Bundespräsidentenwahlen am 25. April wird das eintreten, was sich schon bei den Nationalratswahlen 2008 ereignet hat: Die Gruppe der Nicht- und Ungültigwähler wird zur stärksten Kraft werden. Bei den Präsidentenwahlen 2004 kamen noch 2,166.690 Stimmen auf Heinz Fischer und 1,969.326 auf Benita Ferrero-Waldner, während es 1,894.876 Verweigerer gab (Wahlbeteiligung: 71,6 Prozent).

Durch die „verbockte VP-Diskussion“ (© Hermann Schützenhöfer) über eine eigenständige Kandidatur und laufende Aussagen von VP-Spitzenrepräsentanten über die „Unwählbarkeit“ der „braunen Barbara“ und des „roten Heinz“ wird der VP-Anhang jetzt geradezu zum Weiß- oder Nichtwählen gedrängt. Generell erodiert die Wahlbeteiligung, die in den 1980er-Jahren noch - auch dank der Wahlpflicht - bei 90 Prozent und darüber lag, wobei sie bei den Nationalratswahlen mit um die 80 Prozent bei den vier Wahlgängen 1999-2008 am höchsten blieb.

Landtagswahlen und Gemeinderatswahlen (mit Ausnahme der Landeshauptstadt) verzeichneten 2005 in der Steiermark Beteiligungen von 76,18 bzw. 77,81 Prozent. In Graz sackte sie bei den Gemeinderatswahlen bereits 2003 auf unter 60 Prozent ab und erreichte 2008 ihren bisherigen Tiefststand von 57,9 Prozent. Das geringste Interesse unter den allgemeinen Wahlen verzeichnet paradoxerweise jene politische Ebene, die immer wichtiger wird – die EU-Wahl.

Weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten ging jeweils bei den letzten drei Wahlen zu den Urnen. Noch größeres Desinteresse herrscht an Kammerwahlen – Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer kamen zuletzt österreichweit nur auf knapp mehr als 40 Prozent, die „rote Laterne“ tragen die Studentenvertreter mit einer Legitimation von nur knapp einem Drittel.

Trotz einer vergleichsweise höheren Wahlbeteiligung – 78,81 Prozent – wurden die „Verweigerer“ bei den Nationalratswahlen 2008 zur größten Gruppe, einfach, weil die SPÖ als stärkste Partei erstmals unter 30 Prozent der gültigen Stimmen fiel. Bei den steirischen Landtagswahlen hingegen waren 2005 sowohl SPÖ als auch ÖVP stärker, das Gleiche galt bisher für die Gemeinderatswahlen und wird wohl auch für die am kommenden Sonntag zutreffen. Bei den Grazer Gemeinderatswahlen jedoch war die „Verweigerer“-Gruppe bereits größer als die drei stimmenstärksten Parteien zusammen.

Sinkende Wahlbeteiligungen können Ausdruck demokratischer Normalität sein. Die österreichischen Phänomene aber sollten nicht auf diese Weise verharmlost, sondern als Alarmzeichen für mangelnde Attraktivität der Politik, abnehmende Integrationskraft von „staatstragenden“ Parteien, wachsende Verdrossenheitsphänomene gewertet werden. Glaubwürdigkeit und Leadership sind gefordert.

Herwig Hösele war Präsident des Bundesrats